

## Das Ende der Doppelmoral?

**Nach der Grossrazzia im Rotlichtmilieu in Nidau wagen Politiker die Tabufrage zu stellen: Wäre es nicht an der Zeit, dass man Prostituierte schützen würde, indem man ihre Tätigkeit vollumfänglich als Beruf anerkennt?**

Neu im Inland

Der Ruf des Nidauer Regierungsstatthalters Werner Könitzer verhallt nicht ohne Echo: Er forderte jüngst, dass sich Prostituierte künftig bei der Behörde registrieren lassen können, um einen offiziellen Status als Prostituierte zu beantragen. Die Kontrolle soll sie vor Hintermännern schützen. Die Forderung war eine Reaktion auf die Grossrazzia in Nidau Ende Februar. Die Polizei fand dort in einem Etablissement 17 Prostituierte, die sich illegal in der Schweiz aufhielten. Die Polizei geht davon aus, dass die Frauen Opfer von Menschenhändlern waren. Nun will der Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser persönlich das Heft in die Hand nehmen: «Ich bin offen für die Anliegen des Regierungsstatthalters», sagt Käser auf Anfrage dieser Zeitung. Die beiden treffen sich am 26. März, um Lösungswege anzudenken.

### Mehr als die Hälfte illegal

Die Razzia in Nidau ist nur der Höhepunkt einer schier unendlichen Serie. Die Polizeikorps in der Schweiz leisten Sisyphusarbeit im Rotlichtmilieu. Fast täglich vermeldet irgendeine Polizeibehörde in der Schweiz, dass sie illegale Prostituierte verhaftet hat. Nützen tuts nichts. Die Zahl der Frauen, die aus Brasilien, Russland oder Asien illegal in die Schweiz einreisen, nimmt nicht ab, sondern zu. Das Bundesamt für Polizei schätzt, dass in der Schweiz insgesamt 11500 Prostituierte arbeiten – mehr als die Hälfte davon, nämlich 6300 – illegal. «Wir sind weit gehend machtlos», klagen helvetische Gendarmerien.

### Arbeitsverträge?

Die Forderung, das Problem zu lösen, indem man einen offiziellen Status für Prostituierte schafft, ist nicht neu. Im Frauen-Informationszentrum (FIZ) in Zürich plädiert man seit Jahren dafür: «Die Sexindustrie blüht. Immer mehr Prostituierte arbeiten illegal», sagt FIZ-Sprecherin Susanne Seytter. Unterbinden lasse sich das Angebot nicht, wie die Erfahrung zeige, so Seytter. Also sei es «unbedingt notwendig, legale Aufenthaltsbewilligungen für Migrantinnen zu schaffen, die sich freiwillig prostituieren, sagt Seytter. Nur so kann laut der FIZ-Sprecherin verhindert werden, dass «Tausende von Ausländerinnen in der Schweiz recht- und schutzlos gewalttätigen Freiern und ausbeuterischen Klubbesitzern ausgeliefert sind». Noch deutlicher drückt es ein behördlicher Milieuperte aus, der nicht namentlich zitiert werden möchte: «Es ist absurd, dass ausgerechnet jene Branche mit dem heikelsten Arbeitsumfeld am wenigsten reguliert ist.»

### Skrupel der Politiker

Politiker in der Schweiz drücken sich bis jetzt darum, eine echte Lösung zu finden. Keiner will sich die Finger verbrennen. Selbst der Nidauer Regierungsstatthalter hat Skrupel, das Problem dort anzupacken, wo die Wurzel wirklich liegt. Gestern relativierte er nämlich seine Forderung: «Ich möchte den offiziellen Status für Prostituierte nicht unbedingt für Migrantinnen aus aller Welt schaffen, sondern nur für jene aus der Schweiz und EU-Ländern.» Unter dieser Voraussetzung dürfte sein Vorstoss allerdings weit gehend zur Farce werden. Denn Schweizerinnen und Frauen aus dem EU-Raum haben schon jetzt die Möglichkeit, offiziell als selbstständig Erwerbstätige im Rotlichtmilieu zu arbeiten. Regierungsstatthalter Könitzer schwebt zwar vor, die Kontrolle der Prostituierten aus der Schweiz und den EU-Ländern noch weiter auszubauen. Er sprach unter anderem von «medizinischen Tests», welchen sich diese Frauen künftig unterziehen müssten, und von einer expliziten Registrierungspflicht als Prostituierte. «So bekäme man eine Übersicht über das Rotlichtmilieu», glaubt Könitzer.

### Lösung auch für Illegale?

Doch Verbesserungen für Prostituierte aus der Schweiz und dem EU-Raum würden wohl kaum verhindern, dass weiterhin die Mehrheit der Prostituierten aus Russland, Asien und Südamerika illegal in die Schweiz einreisen – so wie jene, welche die Polizei kürzlich in Nidau verhaftete. Könitzer, auf diesen Widerspruch angesprochen, sagt: «Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet. Aber ich werde mich kundig machen.» Er schliesst nicht aus, auch für Prostituierte aus Russland, Südamerika und Asien eine Lösung anzustreben. Er sieht allerdings eine Hürde: «Für eine solche Lösung wäre wohl der Bund zuständig.» Mischa Aebi

Google-Anzeigen

**Über 500.000 Immobilien**

Häuser, Wohnungen, Grundstücke kaufen/mieten,  
verkaufen/vermieten

[www.immowelt.de](http://www.immowelt.de)

**Hui Buh - Schlossgespenst**

(PC) Spiel- und Lernsoftware entdecken. Plus  
Erstkunden-Bonus!

[www.sqoops.de](http://www.sqoops.de)

**Inserate**

Niveauvolle kultivierte Singles. Einfach auswählen, statt zu  
suchen

[ElitePartner.ch](http://ElitePartner.ch)

**Kontaktanzeigen mit Foto**

Grösste Schweizer Dating-Site mit Fotozapping, Chat und  
vielen mehr.

[www.swissfriends.ch](http://www.swissfriends.ch)